



## Kein Herz für die Jugend

### HdO künftig ohne Jugendkonzerte

Nun wissen wir es: Die Mehrheit unserer Stadtverordneten ist gegen die Schalldämmung des HdO und hat damit die Chance verpasst, der Brandenburger Jugend ein Haus zu genehmigen, in dem spezielle Konzerte stattfinden, das nicht nur Anziehungspunkt für die jungen Leute aus Brandenburg sein könnte, sondern weit darüber hinaus. Die JuKuFa hatte zur Demonstration für die Genehmigung dieses Konzerthauses vor der Stadtverordnetenversammlung direkt an dem entsprechenden Gebäude aufgerufen, aber OB Dr. Tiemann hatte ein Demonstrationsverbot auf dem Gelände der Stadtverwaltung erlassen, welches vor Gericht aber kein Bestand hatte. So standen die Demonstranten doch vor der Stadtverordnetenversammlung in der Potsdamer Straße. Ca. 250 Jugendliche waren danach Gäste der Sitzung, die ja zum größten Teil öffentlich ist. Wie groß war die Bestürzung bei ihnen, als sie nach geheimer Abstimmung das Ergebnis erfuhren. Natürlich blieben sie nicht mucksmäuschenstill, sondern artikulierten ihre große Enttäuschung. Statt ein wenig zu warten, bis wieder Ruhe einkehrt, wurde die SVV abgebrochen.

Für so manchen ist diese Entscheidung ein deutliches Zeichen dafür, dass die Mehrheit der Brandenburger Stadtverordneten kein Herz für die Jugend hat. Kaum akzeptiert wird der Hinweis auf Gehörschäden. Es ist ja auch fast lächer-

lich im Vergleich zu den Rauchern, die nicht nur ein- oder zweimal eine Zigarette rauchen, sondern ihre Lunge täglich zu einer Teerstraße bester Qualität machen. Und dennoch gab es Bedauern über den Rückgang des Zigarettenkaufs – nach gestiegenen Preisen – weil damit auch die Steuereinnahmen rückläufig sind. Eine Frage des Geldes soll es sein? Theoretisch müssten doch im gesamten Land Brandenburg die Haushaltskassen übervoll sein, immerhin wird doch über den Wiederaufbau des Potsdamer Stadtschlusses gesprochen, das im zweiten Weltkrieg zur einsturzfähigen Ruine wurde. Dieses Stadtschloss soll dann der Sitz des Landtages werden. Da müssten doch die Millionen eigentlich locker herumliegen. Oder gibt es viele Fördermittel? Eventuell auch jene, die Brandenburg für das Konzerthaus der Jugend hätte erhalten können? Hat man in Potsdam mit Park und Schloss Sanssouci, der Bildergalerie, dem Neuen Palais, dem Schloss Charlottenhof, der Historischen Mühle, mit dem Holländerviertel, der Alexandrowka-Siedlung und vielen anderen nicht einiges an historischer Substanz zu bieten, muss es da auch noch das Stadtschloss sein? Aber das ist Potsdam in Brandenburg möchte man ja keine Fördermittel des Landes.

Ganz offensichtlich ist die CDU also gegen das HdO als Jugendkonzertthaus – aus welchen Grün-

den auch immer. Und nun sollen PDS und SPD die Schuld daran tragen, dass alles so gekommen ist, so hörte man aus CDU-Kreisen. Es ist schon sehr merkwürdig, wenn einst bei Rekonstruktionsarbeiten im HdO miserable Arbeit geleistet wurde – wie übrigens auch im Fun-Bad – dann ist das doch nicht unsere Schuld. Schließlich stellte die PDS bisher weder den Bürgermeister noch den Baudezernenten. Und seit wann müssen Stadtverordnete oder Mitglieder der PDS die Qualität der Arbeit von Baubetrieben kontrollieren, auch wenn sie für die Stadt tätig sind? Ehrlich: Da ist mancher von Frau Dr. Tiemann und der CDU sehr enttäuscht, nicht nur Jugendliche und die gesamte JuKuFa.

*Edith Altenkirch*

### **Inhalt**

**Seite 2  
Aktuelles**

**Seite 3  
Aus dem Bundestag**

**Seite 5  
zur Partei der  
Europäischen Linken**

**Seite 6-7  
Aus dem  
Stadtverband**

**Eine bessere Politik ist möglich.**

## Abbruch der SVV

Das Abstimmungsergebnis in der SVV, das deutlich für den Rückzug des Fördermittelantrags zum Schallschutz ausfiel, ist als Mehrheitsentscheidung zu respektieren. Gleichwohl hat die unterlegene Seite legitime Interessen verfochten. Ich halte es für unglücklich, dass die Sitzung der SVV in der Folge abgebrochen wurde. Dass bei einem Abstimmungsergebnis, wie tatsächlich geschehen, die Enttäuschung der zahlreich anwesenden jungen Leute groß sein würde, war bei vernünftiger Betrachtung abzusehen. Bei mehr Souveränität der SVV hätte sie das Dauerklatzen vorübergehend ertragen.

Ohne Zweifel lag darin ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung, die den Vorsitzenden der SVV zu dem von ihm gewählten Handeln berechtigte. Von Jugendlichen, die aus ihrer Sicht gerade von der Politik verdrossen wurden, war ein höfliches „Auf Wiedersehen und wir diskutieren dann morgen weiter“ aber nicht zu erwarten. Insofern wäre dem Vorsitzenden der SVV zu wünschen, dass er künftig solchen Situationen gelassener gegenübertritt. Dann wird es zu vermeiden sein, bei ähnlichen Anlässen mit dem Abbruch der SVV zu reagieren.

Matthias Osterburg  
Sprecher der Fraktion

## Kommentiert

### Schaden angerichtet

Durch die Entscheidung gegen den Schallschutz im Haus der Offiziere, hat die PDS unter Eltern, denen es nur um den Schutz der Ohren ihrer Kinder geht, sicherlich neue WählerInnen erschlossen. Unter allen anderen Eltern und vor allem den Kindern und Jugendlichen hat diese Entscheidung viele Fragen aufgeworfen. Warum schlägt gerade eure Beigeordnete das Aus für ein Haus vor, wofür die PDS jahrelang gekämpft hat? Nur eine von vielen die mir in den letzten Tagen und Wochen von Brandenburger Jugendlichen gestellt wurden. Darauf antwortete ich immer, dass die PDS auf ihrer Gesamtmitgliederversammlung einen Antrag gegen diese Vorlage mit großer Mehrheit beschlossen hatte. Diese Antwort nahmen die meisten hin, überzeugt hat sie sie bestimmt nicht. Wen wundert's! Dieses unterschiedliche Auftreten der PDS einerseits und der PDS-Beigeordneten andererseits wirkt sich negativ auf die Stimmung unter den Jugendlichen gegenüber der PDS aus. Weil es schlichtweg nicht verstanden wird. Wir als PDS-Stadtverband und die Beigeordnete sollten gemeinsam darauf achten, dass sich so etwas nicht wiederholt, denn es trifft nur unsere Wählerklientel, nicht die der CDU. Ich hoffe, wenn die Jugendlichen im HdO - wie auch immer - das Geld für den Schallschutz jetzt selbst auftreiben, das sie dabei auf die Unterstützung der PDS zählen können. Ich werde jedenfalls Mitglied dieser Bürgerinitiative und hoffe, dass die Stadt und unsere Beigeordnete sich diesem Anliegen nicht in den Weg stellen.

René Kretzschmar



## Arbeitsmarkt und mehr

Keine frappierenden Veränderungen gibt es in unserer Stadt in der Arbeitslosenstatistik. Der leichte Rückgang erklärt sich aus statistischen Bereinigungen, der Beendigung der „Winterpause“ im Baugewerbe und der Tatsache, dass 1-Euro-Jobs verteilt wurden.

Die Mitarbeiter der Heidelberger Druckmaschinen haben jetzt bei uns bis zum Jahre 2008 sichere Arbeitsplätze - allerdings bei mehr Stunden ohne zusätzliches Entgelt. Recht unterschiedliche Meinungen zur Lage auf dem bundesweiten Arbeitsmarkt haben einige führende Politiker aus diesem Lande. Herr Müntefering, seines Zeichens SPD-Vorsitzender, spricht von Raubtierkapitalismus. Ob er wohl in einer

öffentlichen Bibliothek - denn in der SPD gibt es diese Werke bestimmt nicht mehr - ein Buch von Karl Marx entdeckt hat? Herr Westerwelle (FDP) will dagegen die Gewerkschaften „entmachten“! Es ist gut zu wissen, welche Standpunkte es in welcher Partei gibt!

Aber das war neu: Die Gewerkschaften haben zur Maidemonstration aufgerufen, auch in unserer Stadt. Nach der Demonstration gab es auf dem Marienberg eine Diskussionsrunde führender Politiker aus den verschiedenen Parteien. Natürlich war die PDS dort vertreten. Wie so oft stand Petra Faderl auch diesmal an vorderster Front. Wie gut, dass wir sie haben.

Edith Altenkirch

## Aus dem Bundestag von Petra Pau

### Wir stimmen mit der CDU/CSU – aber aus anderen Gründen

Die CDU/CSU hat beantragt, das EU-Waffenembargo gegen China nicht aufzuheben. Ich nehme vorweg: Die PDS im Bundestag wird dem zustimmen. Sie können das für eine parlamentarische Stern- oder für eine politische Geisterstunde halten. Denn dass die PDS und die Opposition zur Rechten gleicher Meinung sind, ist selten – sehr selten. Ich bin sicher, wir sind nicht mal derselben Meinung. Das wird spätestens bei den Gründen deutlich, warum die PDS gegen Rüstungsexporte nach China ist und weshalb die CDU/CSU dagegen ist. Unsere Position ist übersichtlich: Jeder Rüstungsexport ist unter dem Strich ein Geschäft mit dem Tod und somit das Gegenteil einer auf Frieden gerichteten Weltwirtschaft. Das meinen wir grundsätzlich. CDU und CSU agieren taktisch, übrigens auch Teile der Grünen. Deutsche Waffenexporte nach China könnten die USA verstimmen. Das höre ich bei der CDU/CSU - ebenso von den Grünen. Was ja wohl heißt: Rüstungsexport ist okay, es müssen nur die richtigen Käufer sein. Und genau da setzt der Konflikt mit dem Bundeskanzler ein. Denn China ist ein großer, profitabler Markt. Deshalb ist er für Exporte. Ich erinnere sie an eine Forderung, die ich schon einmal zitiert habe: »Die Regierung muss im Blick behalten, dass Unternehmen Rendite erzielen müssen. Und dies geht bei Rüstungsgütern nur selten, wenn man sich allein auf die Belieferung der nationalen Streitkräfte beschränkt.«

Diese Forderung stammt aus dem Jahre 2000 von Dr. Diehl, dem Vorsitzenden der gleichnamigen Diehl-Stiftung, einem Konzerngeflecht im weltweiten Rüstungsgeschäft. Seitdem, das haben wir erst jüngst diskutiert, haben deutsche Waffenlieferungen und Rüstungsexporte massiv zugenommen. Die Beschränkungen, die sich Rot-Grün selbst auferlegt hatte, sind längst Makulatur. Denn deutsche Waffen- und Rüstungssysteme werden selbst in Krisengebiete exportiert. Diese Fehlentwicklung ist – wie man weiß - nicht das Gegenargument der CDU/CSU. Sie ist nicht ge-

gen deutsche Rüstungs-Profite. Sie ist nur gegen neue Reibereien mit den USA. Das unterscheidet uns. Bundeskanzler Schröder hat andere Optionen. Und die will er durchsetzen. Deshalb ließ er auch durchblicken, er habe die Richtlinien-Kompetenz, nicht das Parlament. Das war ein kalkulierter Affront gegen die Demokratie. Willi Brandt dürfte im Grab rotieren. Zurück zur Volksrepublik China. China ist gut für VW-Geschäfte, sagen die einen. China ist schlecht zu Menschenrechten, sagen die anderen. Wäre ich unpolitisch neutral, dann würde ich sagen: stimmt! Aber ich bin nicht unpolitisch neutral. In China werden Menschenrechte verletzt. So werden zum Beispiel in China noch mehr Todesurteile vollstreckt, als im Mutterland der Todesstrafe, in den USA. Und in China wird ein Auto-Geschäft forciert, wogegen die aktuelle Feinstaub-Debatte in Deutschland ein laues Lüftchen ist. Das alles mit deutscher Duldung, mit deutscher Beteiligung, mit rot-grünem Eifer. Jeder fünfte Mensch unserer Erde lebt in der Volksrepublik China. Das spricht unbedingt für den Dialog und für die Zusammenarbeit mit China. Die PDS ist dafür, sie wirbt dafür und sie pflegt den Dialog. Nur eines hilft niemandem: Nämlich der Versuch, China als gewinnträchtigen Markt für deutsche und europäische Waffenexporte zu erobern. Dazu sagen wir Nein. Im Vorfeld der Diskussion bekam ich übrigens eine E-Mail von einem Journalisten einer linken, einer sehr linken Zeitung. Er mahnte: Ihr werdet doch nicht etwa dem CDU/CSU-Antrag zustimmen. Noch dazu in einer Zeit, wo die USA ihren Militär-Ring um China zusammenziehen und sich zur Übernahme Chinas aufrüsten. Wir, die PDS im Bundestag, sind dennoch dagegen, dass China mit deutscher Hilfe hoch rüstet. Wir wollen generell, dass weltweit abgerüstet wird, dass Krieg kein Mittel der Politik ist und dass das Geschäft mit dem Tod endlich geächtet wird. Das unterscheidet uns von der CDU/CSU.

Rede im Bundestag, 14. 04. 2005

### Seit Schily regiert, verkommt der Datenschutz zum Steinbruch

Bundesinnenminister Schily hat dem Datenschutz-Beauftragten Schaar Kompetenzüberschreitung vorgeworfen. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Innenausschuss: Dr. Schaar hat angemahnt, die Antiterror-Gesetze aus dem Jahre 2002 zu überprüfen. Außerdem warnte er vor der Einführung neuer Pässe mit biometrischen Daten. Das ist nicht nur sein Recht, es ist seine Pflicht als Datenschutzbeauftragter.

Die Warnungen sind übrigens nicht neu. Die PDS im Bundestag hat die so genannten Otto-Pakete seinerzeit abgelehnt, weil sie unverhältnismäßig in verbriefte Bürgerrechte eingreifen. Seit Otto Schily regiert, verkommt der Datenschutz zum Steinbruch. Leider haben sich die SPD und auch die Grünen an dem Abrissprogramm beteiligt.

### Mindestlohn kann Dreifach-Trend stoppen

Die Debatte über einen gesetzlichen Mindestlohn ist neu entfacht. Dazu erklärt Petra Pau, PDS im Bundestag: Es gibt gute Gründe, die gegen einen gesetzlichen Mindestlohn sprechen, es gibt bessere dafür.

Dagegen spricht der Eingriff in die Tarifautonomie. Dafür sprechen der dreifache Trend zu Dumpinglöhnen: Durch Hartz IV, durch EU-Richtlinien, durch Unternehmerstrategien. Ein gesetzlich definierter Mindestlohn könnte den freien Fall vieler unter das Existenzminimum stoppen. Dazu müsste er allerdings 1.400 Euro brutto betragen. Das wäre sozial geboten und wirtschaftlich sinnvoll. Da inzwischen bis in CDU/CSU-Kreise hinein das »Ob« Mindestlöhne bejaht wird, sollte nun endlich das »Wie« diskutiert werden.

## 187 Jahre Karl Marx – Totgesagte leben länger

„Das Kapital hat einen Horror vor der Abwesenheit von Profit, oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. 10 Prozent sicher und man kann es überall anwenden. 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens“ (Karl Marx). Am 5. Mai jährt sich zum 187. Mal der Geburtstag des Philosophen und Revolutionärs Karl Marx. Hierzu erklärte die PDS-nahe Jugendorganisation [‘solid] - die sozialistische jugend Brandenburg:

„Ein Gespenst geht um in Europa“, so heißt es bei Karl Marx am Anfang seines Manifests von 1848. Gemeint sind jene Kräfte, die nicht bereit sind, eine Teilung der Gesellschaft in oben und unten als gegeben hinzunehmen und für die es gilt, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. [‘solid] hat diese Marxsche Forderung der eigenen Gründungserklärung vorangestellt. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass im Jahr der scheinbar neu entdeckten Kapitalismuskritik der Geburtstag des politischen

Ökonomen auf einen Feiertag fällt. In diesem Zusammenhang bleibt zu hoffen, dass die neuen „Kapitalismuskritiker“ à la Franz Müntefering den Herrentag zum Anlass nehmen, ihre Kapitalismuskritik zu entpolemisieren und ihr unglaubliches Wahlkampfgetöse inhaltlich wie praktisch zu unterfüttern. Wer die Gesetze macht, soll sich nicht beschweren, dass die Welt ungerecht ist, sondern etwas daran ändern! Oder um in Anlehnung an Karl Marx zu sprechen: „Die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Angst vor weiteren Wahldebakeln hat den Kapitalismus nur verschieden interpretiert – es kommt aber darauf an, ihn zu überwinden.“ Auch die heutige Gesellschaft wird ihrem Anspruch eine soziale Marktwirtschaft zu sein, nicht gerecht, denn ihr Wirtschaften basiert nach wie vor auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und ordnet alle anderen Bereiche des Lebens der kapitalistischen Logik von Allverwertung und Profitmaximierung unter. [‘solid] Brandenburg ist sich sicher, dass das letzte Wort in der Geschichtsschreibung noch nicht gesprochen wurde und wird auch weiterhin für eine sozialistische Alternative eintreten.

In diesem Sinne: „Hoch die Tassen, das Gespenst lebt!“

Norbert Müller

## Aufschlussreich

Während bis 1994 alle sowjetischen Streitkräfte eiligst deutsches Territorium verlassen und in die Heimat zurückkehren mussten, gibt es – 60 Jahre nach Kriegsende – noch sagenhafte 100.000 amerikanische Armeeangehörige in Europa, davon allein 70.000 in Deutschland! Es wäre interessant zu wissen, wen oder was amerikanische Soldaten in Deutschland noch zu schützen haben? - w -

## Interesse an fremden Kulturen?

Wer fremde Kulturen kennenlernen will, muss heutzutage nicht unbedingt in die Ferne reisen. Wer möchte, kann auch das Angebot des Internationalen Frauentreffs nutzen. Dort treffen sich jeweils am 1. Donnerstag im Monat um 16.00 Uhr in der Flämingstr. 17 hauptsächlich Frauen aus aller Herren Länder, um miteinander zu reden und sich gegenseitig kennenzulernen. Wen mehr die kulinarische Seite interessiert, der kann an jedem 3. Donnerstag im Monat zwischen 11.30 Uhr und 13.00 Uhr ebenfalls in die Flämingstrasse 17 kommen. Dann wird von den Veranstalterinnen des Internationalen Frauentreffs unter dem Motto „Gemeinsam kochen und essen“ die Möglichkeit zum Ausprobieren der Kochkünste aus aller Welt geboten. Für die Teilnahme wird in diesem Fall um eine Voranmeldung gebeten, da man ja wissen muss, für wie viele man kochen will. Es ist auch ein kleiner Unkostenbeitrag von 2,00/3.00 Euro (Arbeitslose/Berufstätige) notwendig. Was beim nächsten Mal gekocht werden soll sowie weitere Informationen, erhält man über die Telefonnummer der Bürgerhilfe. 03381/ 330840)

Ralf Gerhard



## Zur Partei der Europäischen Linken (EL)

Am 08. Mai 2005 – dem 60. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung vom Faschismus – jährte sich bereits zum ersten Male der historische Tag der Gründung der gemeinsamen Partei „Europäische Linke“ in Rom. 15 sozialistische, kommunistische und alternative Parteien Europas – darunter die PDS, die sich maßgeblich für das Zustandekommen der Partei der EL engagiert hatte, - beschlossen das „Programm der Partei der Europäischen Linken (EL)“ sowie das „Statut der Europäischen Linken (EL) und legten mit diesen Grundsatzdokumenten ihre politischen Ziele und Hauptaufgaben sowie die organisatorischen Grundlagen und Formen ihrer künftigen Arbeitsweise fest.

Fausto Bertinotti, Vorsitzender der Partei Kommunistischer Wiedergründung Italiens (PRC), wurde zum Vorsitzenden der EL gewählt.

Er nannte 3 Kernelemente, die die neue Partei charakterisieren:

- Die radikale Entscheidung für den Frieden und gegen den Krieg.
- Eine alternative Politik zum Neoliberalismus und eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Arbeit und Umwelt gleichermaßen verteidigt.
- Eine Entscheidung für Demokratie und Partizipation.

Entsprechend der im Statut festgelegten Organe der Partei wurden auf dem Gründungskongress weiterhin gewählt: der „Rat der Vorsitzenden“, dem für die PDS Gen. Lothar Bisky angehört, sowie der „Vorstand“, in dem für Deutschland die Genn. Katina Schubert und Gen. Helmut Scholz als außenpolitischer Koordinator vertreten sind.

Der erste Parteitag/ Kongress soll noch im Jahre 2005 stattfinden. Auf dem Gründungskongress wur-

de natürlich auch deutlich, dass es zu vielen Fragen unterschiedliche Standpunkte und offene Probleme in den europäischen Parteien gibt, wie z.B. zur Beurteilung der Vergangenheit der kommunistischen und sozialen Bewegungen oder auch zur Rolle der Frau in der neuen Partei.

Mit der Bildung der EL sind die Debatten über solche und andere Meinungsverschiedenheiten nicht beendet, aber es wurde ein wichtiger Anfang für ein neues politisches Projekt der Linken in Europa gemacht und

die Partei der EL zu entrichten. Ich möchte daher abschließend einige Passagen aus dem o.g. Beschluss wiedergeben:

- Wir wollen, dass die Europäische Linke (EL) ein eigenes, öffentlich wahrnehmbares Profil entwickelt. In diesem Sinne will die PDS die im EL-Statut vorgesehene Möglichkeit nutzen, die Einzelmitgliedschaft in der EL probeweise einzuführen“.

- „Die EL-Mitgliedschaft der PDS und alle sich daraus ergebenden Aspekte und Folgerungen sind bei einer

grundlegenden Überarbeitung des PDS-Statuts zu berücksichtigen.“

- „Die Mitglieder der PDS entrichten zusätzlich zu ihrem Mitgliedsbeitrag einen Beitrag für die EL, der zusammen mit dem PDS-Beitrag kassiert wird. Die Höhe dieses Beitrages wird vom Mitglied selbstständig festgelegt und beträgt mindestens 0,50 Euro je Monat. Mitglieder mit einem monatlichen Nettoeinkommen bis zu 700,-

Euro sind von der Beitragszahlung befreit.“

- „Der Mitgliedsbeitrag für die EL wird ab 2005 als Jahresbeitrag jeweils im Monat Mai erhoben.“

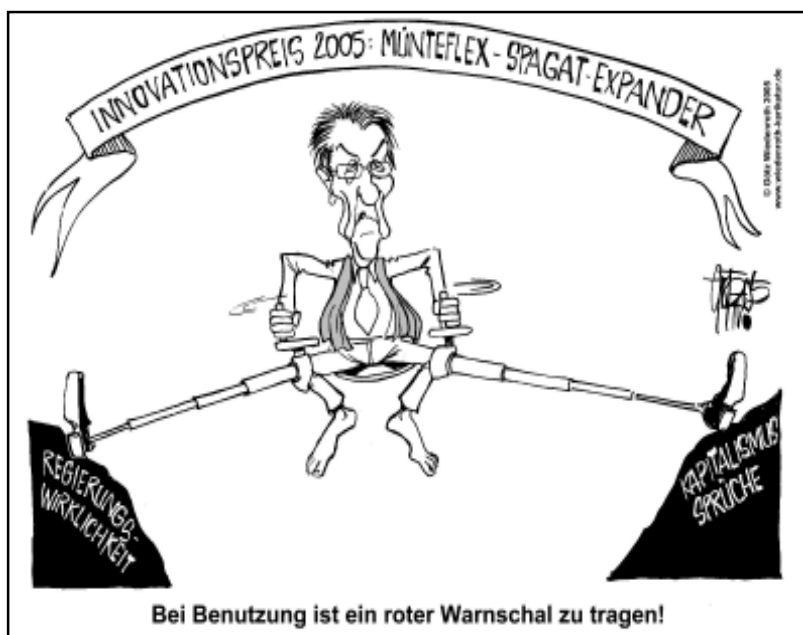
- „Gemäß dem Statut der EL können Personen Einzelmitglied der EL werden, wenn sie deren Programm und Statut anerkennen, aktiv mitarbeiten wollen und einen Mitgliedsbeitrag entrichten.“ Leisten also auch wir – als „Abteilung“ der EL – unseren Beitrag, finanziell und politisch, so wie der Aufruf im Programm lautet:

„Kämpfen wir gemeinsam für eine neue Gesellschaft, für eine Welt, frei von Ausbeutung und Krieg.

Wir sagen heute: Eine andere Welt ist möglich. Die Zukunft ist hier.

Es gibt kein Ende der Geschichte.“

*Friedel Schmidt*



darin liegt die historische Bedeutung des Ereignisses vom 08./09. Mai 2004 in Rom.

Die 1. Tagung des 9. Parteitages der PDS vom 30./31.10.2004 hat sich u.a. mit den Ergebnissen des Gründungskongresses in Rom sowie den sich daraus für die PDS ergebenden Aufgaben und Verpflichtungen beschäftigt. Es wurde hierzu der Beschluss „Die Europäische Linke stark machen – in Europa und in Deutschland“ gefasst (nachzulesen in Disput Nr. 11/ 2004, S. 62/63). Dieser Beschluss beantwortet auch einige Fragen, die von Genossen unseres Stadtverbandes wiederholt geäußert wurden, insbesondere nach der schriftlichen Aufforderung des Landesschatzmeisters, Gen. Klaus Kalex, an jeden einzelnen Genossen, ab 2005 einen Mitgliedsbeitrag für

## Denk daran:

Der 2. Weltkrieg forderte

- 32 Millionen Tote
- 80 Millionen Verwundete und Krüppel

- 1117 Milliarden Dollar Kriegskosten

und ein Atomkrieg lässt niemanden übrig, um eine solche Statistik aufzustellen. *Ralf Gerhard*



## Nachtrag zur Wahl in Schleswig- Holstein

Dass Heide Simonis die Landtagswahl verloren hat, dürfte hinlänglich bekannt sein.

Was kaum einer vermutet und die bürgerlichen Medien mit Sicherheit verschwiegen haben:

Die PDS in Schleswig-Holstein hat durch Stimmensplitting und zu Lasten ihrer eigenen Partei für Rot-Grün gestimmt. Damit stärkte sie das Rot-Grüne Wahlbündnis, das sonst wahrscheinlich noch stärker abgerutscht wäre. Dass die PDS im hohen Norden, und nicht nur dort, in den bürgerlichen Medien ignoriert wird und nach dem Einbruch bei den letzten Bundestagswahlen zudem einen schweren Stand hat, ist bekannt.

Die PDS in Schleswig-Holstein rutschte von bescheidenen 1,6 % auf 0,8 % ab. Das bedeutet für die PDS dort wie hier, Profil zu zeigen, um in der Öffentlichkeit mehr wahrgenommen zu werden.

Wir lassen uns nicht entmutigen: Immerhin verfügt die PDS bundesweit über 6.500 Mandate in Kommunalvertretungen, davon 173 in den westlichen Bundesländern. 64 PDS – Vertreter sind hauptamtliche Bürgermeister, Landräte bzw. Stadtbezirksräte. *- w -*

## Eindeutige Wahlergebnisse

Zu den wichtigsten Anliegen unserer Gesamtmitgliederversammlung am 12. März gehörte die Neuwahl unseres Stadtvorstands. Nachdem Genosse Dr. Horst Maiwald als Stadtvorsitzender nicht wieder antrat, stand zunächst die Nominierung für diese Funktion auf der Tagesordnung. Es gab nur einen Vorschlag: Petra Faderl.

Und dann stand sie vorn am Rednerpult, sprach temperamentvoll und voller Tatendrang von dem Ende 2003 beschlossenen Parteiprogramm, das uns eine Fülle von Aufgaben stellt, an deren Verwirklichung wir weiter arbeiten werden. Soziales Engagement, Veränderung der gegenwärtigen Lage in Deutschland, die viele Bürger in die Armut treibt, bessere Bildungsmöglichkeiten, endlich eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik, das alles gehört zu dem umfangreichen Programm, für das sie sich einsetzt.

„Gerecht ist, wenn man von Arbeit leben kann“, so sagt sie u.a. und ging auch auf Probleme in unserer Stadt ein. Stadtentwicklung, Tourismus, die Verbesserung der Infrastruktur auf den Weg bringen und tatsächlich gestalten, damit wir Erfolge auf diesem Gebiet noch mit-

erleben können, das alles gehört zu den von ihr genannten Aufgaben. Und dabei möchte sie in der PDS Lokomotive sein – aber nicht allein. Über den Kampf um das Lösen vieler sozialer Probleme ist es ihr Ziel, letztendlich dazu beizutragen, unsere beiden PDS – Abgeordneten im Bundestag nicht allein zu lassen, dafür zu sorgen, dass dort wieder eine ganze PDS-Fraktion für soziale Gerechtigkeit kämpft.

Das Wahlergebnis, mit dem sie als neue Vorsitzende des Stadtverbandes gewählt wurde, war überwältigend, aber auch überaus eindeutig für Petra Zimmermann und Renè Kretzschmar als Stellvertreter, Anita Leddin als Schatzmeisterin sowie für die weiteren Vorstandsmitglieder

Heidi Hauffe, Silvia Hauffe, Kerstin Huch, Birgit Hübner, Ulla Kirchner, Friedel Schmidt, Alfredo Förster, Robert Lutzens und Horst Maiwald. Damit hat unser Vorstand 13 Mitglieder.

Für die Finanzrevisionskommission wurden Uschi Mehlhase, Sigrid Ihlenfeld und Anne – Katrin Gabrysiak gewählt, für den Landesparteirat Friedel Schmidt und Charlotte Neutzler. *E. Altenkirch*

## Aufruf zur finanziellen und materiellen Unterstützung

**Um das Kinder- und Familienfest wieder zu einem Höhepunkt auf dem Görden werden zu lassen, bitten wir um Süßigkeiten, Sachpreise und personelle Unterstützung. Auch selbstgebackenen Kuchen nehmen wir für den Kuchenbasar entgegen. Abzugeben in der PDS-Geschäftsstelle Tel. 224733 Hauptstraße 48 oder bei der Genossin Musehold.**

## Leserbriefe

### Miteinander schafft Vorteile

Am 11.04.05 fand eine Zusammenkunft der AG Senioren und der GenossInnen der BO Neustadt mit dem Genossen Otto Theel statt. 27 Genossinnen und Genossen nahmen daran teil. Es war bedauerlich, dass kein Mitglied der Fraktion anwesend war. Hervorgerufen durch die gegenwärtige Situation ergab sich, dass auch die Lage im Stadtverband der PDS erörtert wurde. Einmütig wurde das Verhalten und Auftreten Alfredo Försters in der Öffentlichkeit abgelehnt und verurteilt.

Die anwesenden GenossInnen sind jedoch im Ergebnis der Diskussion der Meinung, auch der Stadtvorstand hat Fehler gemacht und ein falsches Verhalten bei den Mitgliedern des Vorstandes zugelassen. Beispiele: Die Genossin Petra Faderl

### Zusammenarbeit zum Wohle unserer Stadt

Liebe Genossinnen und Genossen, Seit dem 30.03. hat sich aus meiner Sicht soviel Unfassbares - mit nicht absehbaren negativen Folgen für den PDS-Stadtverband und damit zugleich auch für die politische Entwicklung in der Stadt Brandenburg - ereignet, dass es wirklich eines Schlusspunktes unter dieses Ereignis sowie des ersten notwendigen Schrittes für einen konstruktiven Neubeginn in Fraktion, Stadtvorstand und Mitgliedschaft des PDS-Stadtverbandes bedarf. Bitte, trifft dazu heute die erforderlichen Entscheidungen!

Ich würde es im Interesse der weiteren Wirksamkeit der PDS in der SWV begrüßen, wenn Petra Faderl – auf Grund ihrer kommunalpolitischen Kompetenz und unter Rücksichtnahme auf die Bürger, die sie gewählt haben, - ihr SWV-Mandat nicht niederlegt und in der Fraktion verbleibt. Da es mir jedoch sehr schwer fällt, mir vorzustellen, dass das sehr zerüttete Vertrauen zwischen ihr und Alfredo Förster wieder hergestellt werden kann, erwarte ich – wie wohl fast alle Genossen des Stadt-

sollte z.B., anstatt Negativschlagzeilen zu machen, die Presse und Öffentlichkeit mehr nutzen für positive Darlegungen über den Inhalt unserer politischen Bemühungen das Richtige für unsere Bevölkerung zu tun.

Der Genosse Horst Maiwald sollte mehr Selbstbewusstsein entwickeln. Seine Zögerlichkeit bei der Kandidatur zum Stadtverordnetenvorsteher - erst nein - dann ja - war nach unserer Meinung falsch. Es darf nicht sein, dass sich durch persönliche Querelen die Lage weiterhin zuspitzt. Das Verhalten der Fraktion und des Stadtvorstands hat dem Ansehen der PDS in Brandenburg an der Havel sehr geschadet.

Wir schlagen darum vor, eine nicht-öffentliche Gesamtmittglieder-versammlung durchzuführen, mit dem Tagesordnungspunkt: „Veränderung der Lage im Stadtverband zur Vorbereitung der Bundestagswahl

verbandes – dass Alfredo Förster endlich einräumt, dass auch er sich falsch verhalten hat, sich für seine unverschämten Äußerungen in der SWV entschuldigt und damit den Boden ebnet für den so notwendigen politischen und persönlichen Neuanfang.

Ich halte es für unabdingbar, dass strategische Entscheidungen für die Arbeit der Fraktion nicht im Alleingang durch den Fraktionsvorsitzenden getroffen werden, sondern basierend auf Beschlüssen des Stadtvorstandes in gemeinsamer, kameradschaftlicher Diskussion in Fraktion und z.T. auch mit dem Stadtvorstand. Ich lehne daher das häufig von Arroganz geprägte Verhalten von Alfredo Förster ab und erwarte, dass er die notwendige Toleranz aufbringt und die Meinungen aller Genossen anhört, sie prüft und erst auf dieser kollektiven Grundlage seine politischen Entscheidungen – mit denen ich oft mitgehen kann – trifft.

Nur so kann sich Zusammenarbeit neu, fruchtbar und zum Wohle unserer Stadt entwickeln.

Friedel Schmidt

2006!“.

Es geht darum, den Einfluss auf die Bürger unserer Stadt zu verstärken und solche negativen Erscheinungen, wie sie sich jetzt zeigten, schnell zu überwinden. Die Arbeit der Fraktion muss wieder aktiviert werden, weil wir gerade damit zu den Bürgern sprechen. Es sollte beachtet werden, dass schon allein die Tradition der anderen Parteien weitaus größer ist, als Unsere. Nur ein Miteinander schafft Vorteile für die Stadt Brandenburg. Wir sollten uns immer die Frage stellen: Wem oder was nützt das?

Für die AG Senioren: Hans Sumpf  
Für die BO Neustadt: Sigrid Ihlenfeld



Besuchen Sie uns doch einfach im Internet unter <http://www.pds-stadt-brb.de>

**Wir gratulieren allen unseren Genossinnen und Genossen die im Monat Mai Geburtstag haben, besonders unseren Jubilaren**

*05.05. Gerhard Noetzel zum 75.*

*27.05. Harry Muschmer zum 75.*



## Öffnungszeiten

Montag	9-17 Uhr
Dienstag	9-17 Uhr
Mittwoch	9-13 Uhr
Donnerstag	9-17 Uhr

PDS-Geschäftsstelle  
Hauptstraße 48  
14776 Brandenburg

Tel.: 03381 224733

Fax: 03381 229961

Internet: [www.pds-stadt-brb.de](http://www.pds-stadt-brb.de)

E-Mail: [info@pds-stadt-brb.de](mailto:info@pds-stadt-brb.de)

## Termine

### AG-Senioren

Donnerstag, 19. Mai  
ab 15.00 Uhr  
in der Geschäftsstelle

### Vorstand

Vorstandssitzung am Mittwoch  
18. Mai um 18.00 Uhr  
in der Geschäftsstelle

### Fraktion

Fraktionssitzung 09. und 23. Mai  
ab 18.00 Uhr  
in der Geschäftsstelle

### Linke Jugend

jeden Mittwoch  
ab 17.30 Uhr  
in der Geschäftsstelle

## Stadtverordnetenversammlung

Mittwoch 25. Mai 2005 ab 16.00 Uhr

Stadtverwaltung Brandenburg, Potsdamer Str. 18

## Kinder und Familienfest im Waldcafe Görden

Traditionell findet am 05.06.05 von 11.00 – 18.00 Uhr ein großes Kinder- und Familienfest im Biergarten des Waldcafes statt.

Eine Hopseburg, Kindertanz, Wettbewerbe, Räuber Raudibald und eine Puppenbühne sorgen für Spannung und Unterhaltung.

Für das leibliche Wohl gibt es unter vielem anderen selbst gebackenen Kuchen.

Also auf zum Kinder- und Familienfest!



## Info - Coupon

### Ich will mehr über die PDS wissen und möchte

- die Havelbrandung regelmäßig erhalten.
- Ich möchte den Bundestagswahlkampf der PDS mit einer Spende unterstützen.
- Mitglied der PDS werden
- Kontakt zu einer PDS-Gruppe in meiner Nähe aufnehmen

Bitte ausfüllen und zurück an:  
PDS - Geschäftsstelle  
Hauptstraße 48  
14776 Brandenburg

Name

Straße

PLZ/Ort

## Impressum

**Herausgeber:** PDS-Stadtverband Brandenburg

**Verantw. i.S.d.P.:** Petra Faderl

**Redaktion** der Havelbrandung unter Leitung von René Kretzschmar

**Anschrift:** Hauptstraße 48, 14776 Brandenburg

**email:** [info@pds-stadt-brb.de](mailto:info@pds-stadt-brb.de)

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.

**Nächster Redaktionsschluss**

**31. Mai 2005**